



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Kaniber: EU darf Landwirtschaft nicht in die Planwirtschaft führen – neue Marktregeln gefährden Bayerns Bauern

10. Oktober 2025

(10. Oktober 2025) München – Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber warnt entschieden vor den geplanten Änderungen der Artikel 148 und 168 der Verordnung über eine gemeinsame Marktorganisation (GMO). Nach den Vorschlägen des EU-Parlaments sollen künftig verpflichtende Lieferverträge für Milch, Fleisch, Obst, Gemüse und Getreide eingeführt werden. Für Kaniber ist das ein schwerer Fehler: „Damit treibt die EU unsere Landwirte in die Planwirtschaft und belastet sie mit neuer Bürokratie statt mit fairen Marktbedingungen.“

Die Ministerin kritisiert, dass die EU mit den geplanten Vorgaben tief in bestehende Marktbeziehungen eingreift und die unternehmerische Freiheit der Betriebe massiv einschränkt. „Das Ziel, die Erzeuger zu stärken, ist zwar richtig – dieser Brüsseler Weg dorthin aber grundfalsch“, so Kaniber. „Unsere Landwirte brauchen keine starren Vertragszwänge, sondern Freiheit und Vertrauen. Wer auf Zwang setzt, schwächt die, die uns alle versorgen.“

Kaniber warnt zudem vor gravierenden wirtschaftlichen Folgen: Verpflichtende Vertragsmodelle würden den Verwaltungsaufwand für Betriebe und Verarbeiter erheblich erhöhen, die Verhandlungsposition kleiner Erzeuger schwächen und am Ende zu niedrigeren Erzeugerpreisen führen. „Damit trifft man genau die Falschen – nämlich die bäuerlichen Familienbetriebe, die Tag für Tag mit Herzblut und Verantwortung arbeiten“, betonte die Ministerin.

Mit Blick auf die bevorstehenden Trilog-Verhandlungen zwischen EU-Kommission, Rat und Parlament forderte Kaniber eine klare Kurskorrektur: „Brüssel sollte nicht über die Köpfe der Mitgliedstaaten hinweg entscheiden. Es muss den Mitgliedsstaaten überlassen bleiben, ob sie solche Regelungen anwenden wollen. Wir in Bayern wissen sehr genau, wie unsere Märkte funktionieren – und wir brauchen sicher keine neuen Fesseln.“

Die Bundesregierung müsse sich in Brüssel entschieden gegen die Pläne stellen. „Deutschland muss hier klare Kante zeigen. Bundesminister Alois Rainer und ich sind uns einig: Diese Vorschläge schaden unseren Landwirten und müssen dringend überarbeitet werden.“

Die Artikel 148 und 168 der GMO regeln die vertraglichen Beziehungen zwischen landwirtschaftlichen Erzeugern und Verarbeitern. Durch eine Vertragspflicht sind massive wirtschaftliche Nachteile, sogar niedrigere Erzeugerpreise, mehr Bürokratie und somit höhere Kosten zu befürchten. Der Vorschlag befindet sich derzeit in den sogenannten Trilog-Verhandlungen zwischen EU-Kommission, Rat und Parlament.

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

